

Proporz stellt Grossen Rat auf den Kopf

Die **Wähleranteile aus den Nationalratswahlen 2015** zeigen, wie das Bündner Parlament mit einem Proporzwahlrecht parteipolitisch neu zusammengesetzt sein könnte. Die SVP könnte **42 Sitze gewinnen – theoretisch**.

► LUZI BÜRKL

D

Die Art und Weise, wie ein Parlament gewählt wird, hat entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis. Der Bündner Freisinn ist aktuell das beste Beispiel dafür. Mit 35 Abgeordneten stellt die FDP nach wie vor die stärkste Fraktion im Bündner Parlament, dem Grossen Rat, auch wenn die Partei bei den Kreiswahlen im vergangenen Jahr Verluste hinnehmen musste. Doch bei den Nationalratswahlen in diesem Jahr schaffte es die FDP nicht, das 2011 schmerzlich verlorene Mandat in der grossen Kammer in Bern zurückzugewinnen – weder aus eigener Kraft bei einem Vollmandat, noch durch die bürgerliche Listenverbindung mit der CVP und BDP bei einem Restmandat. Da liegt die Frage auf der Hand, ob die starke Vertretung des Freisinns im Grossen Rat tatsächlich dem Wählerwillen entspricht oder ob generell ein anderes Wahlsystem das Parlament eher nach dem Wunsch der Wähler zusammensetzen würde.

Argumente zum Wechsel

Das Proporzwahlverfahren für den Bündner Grossen Rat ist ein politischer Dauerbrenner. Seit die SVP durch die Abspaltung der BDP im Grossen Rat an Kraft verloren hat, wird der Wechsel vom Majorz- zum Proporzwahlrecht neu von einer Links-rechts-Allianz gefordert. Ihre kantonale Volksinitiative «Für gerechte Wahlen» (Proporzinitiative 2014) wurde 2013 vom Bündner Volk mit 56 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, obschon sich zuvor sogar die Bündner Regierung für einen Systemwechsel – allerdings erst auf das Jahr 2018 hin – ausgesprochen hatte. Es war die achte Niederlage der Proporz-Befürworter an der Urne seit 1937. Weiterhin hängt ist in gleicher Sache eine Wahlrechtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht gegen die Grossratswahlen 2014.

Der Churer Politologe Clau Dermont hat aufgrund der Daten aus den Nationalratswahlen 2015 ausgewertet, wie der Grosse Rat mit einem Proporzwahlrecht aktuell zusammengestellt wäre. Die SVP war bei den Nationalratswahlen im Oktober auf einen kantonsweiten

Wähleranteil von 29,7 Prozent gekommen. Da erstaunt es nicht, dass die Partei bei gleichem Verhältniswahlrecht am stärksten im Grossen Rat zulegen könnte. Die SVP hätte neu 51, statt nur neun Sitze und stellte damit die grösste Fraktion. Grösste Verliererin wäre wie vermutet die FDP mit noch zwölf, statt wie aktuell 35 Mandaten. GLP und SP legen ebenfalls zu, wobei die SP neu drittstärkste Fraktion wird und FDP und BDP gleichermassen überholen würde.

Wo liegen die Ursachen? Die SVP könnte ihre Wählerstärke vor allem in kleinen Kreisen ausspielen und in fast jedem Kreis einen Sitzgewinn verbuchen. Letzten Endes hätte die Partei sogar mehr Sitze, als ihr nach kantonalem Wähleranteil eigentlich zustehen würde. Denn: Je weniger Sitze in einem Kreis zu vergeben sind, umso höher liegt die Wahlhürde, was insbesondere kleinen Parteien zum Nachteil gereichen würde. Zusätzlich problematisch ist, dass aufgrund der verschiedenen Grösse der Kreise eine Stimme nicht in jedem Fall gleich stark ist. Für die Stimmkraftgleichheit bräuchte es ein gleichmässiges Verhältnis von Sitzen und Stimmbürgern in allen Wahlkreisen. Dermont sieht deshalb «Gefahr» durch die Richter: «Mit den heutigen Kreisen wäre der Nationalratsproporz nicht machbar, da bekäme man wohl Probleme mit dem Bundesgericht.» Um ge-

rechtere Wahlen zu garantieren, müssten kleine Kreise zusammengelegt werden. Noch einfacher wäre es, gleich auf die neuen elf Regionen als Wahlsprengel abzustellen.

Die Alternative

Eine bessere Proportionalität zwischen Stimmenanteil und Sitzverteilung würde das Wahlmodell des Doppelten Pukelsheim garantieren, der heute in einigen Kantonen wie beispielsweise Zürich zur Anwendung kommt. Bei diesem Modell werden in einem ersten Schritt sämtliche Mandate den Parteien nach ihrer gesamt kantonalen Stärke zugeteilt. Erst in einem zweiten Schritt folgt die Zuteilung der gewonnenen Sitze nach den Kreisen. Dabei kann das Wahlsystem so ausgestaltet werden, dass die stärkste Partei in jedem Kreis einen Sitz auf Nummer sicher hat, alle weiteren Sitze werden derart vergeben, dass die zuvor errechnete gesamt kantonale Parteienstärke gewahrt bleibt. Trotz der Komplexität würde Dermont dieses Modell bevorzugen. «Die traditionellen Wahlkreise im Kanton könnten wohl beibehalten werden, zudem bliebe der stärksten Partei in einem Kreis ein Sitz garantiert, dies könnte durchaus ein tragfähiger Kompromiss sein», so Dermont. Auch würde der Doppelte Pukelsheim die starken Parteien nicht wie beim Nationalratsproporz überproportional bevorzugen. So würde

die SVP nach diesem Modell neu «nur» 36 Sitze im Grossen Rat erhalten – anstatt 51 wie beim Nationalratsproporz. Doch selbst dieses Ergebnis ist laut Dermont zu relativieren: «Das Pendel würde nicht so stark auf die andere Seite ausschlagen», sagt er. Dafür sprechen drei Gründe: Erstens müsste die SVP in allen Kreisen überhaupt mit eigenen Kandidaten antreten, zweitens wären Zugpferde, die bei Nationalratswahlen gesamt kantonal eine Rolle spielen, nicht in jedem Kreis verfügbar, und drittens könnten bisherige Parlamentarier von einem Bonus profitieren.

Der Fall Maurizio Michael

Dermonts Vergleich zeigt aber klar den Handlungsbedarf. Als Beispiel kann erneut ein Freisinniger, Maurizio Michael, herhalten. Michael wurde bei den Grossratswahlen 2014 im Kreis Bergell mit 331 Stimmen gewählt. 113 Stimmen wurden allerdings leer eingelegt – die fehlende Kandidatenauswahl im Kreis könnte ein Grund dafür gewesen sein. Laut dem Nationalratsproporz käme die FDP im Bergell aber nur auf 147 Stimmen. Nur gerade eine Stimme weniger, 146, hätte die SVP gemacht. Dies zeigt eindrücklich, wie schnell heute scheinbar sichere Sitze plötzlich verloren wären.

Detaillierte Auswertungen unter www.claudemont.ch

BLATTSCHUSS



Die eben eröffnete Alphütte auf dem Churer Theaterplatz von **Ivo «FiFi» Frei** und **Sandro Peder** ist ein kommerzieller Erfolg. Innerhalb kürzester Zeit waren sämtliche Plätze ausgebucht, 2500 Reservationen innert drei Tagen. Die Leute kauften, wie Frei gegenüber dem BT sagte, die Katze im Sack. Preis und Angebot standen nämlich noch nicht fest. Die Alphütte als Musterbeispiel, dass sich seit dem Erfolg der WM-Arena offenbar alles verkaufen lässt, wenn khur.ch draufsteht.

*

Chur läuft langsam dem Wallis den Rang ab. Fondue für die Churer Bürger auf dem Kornplatz, Fondue im «Calanda-Gärtli», Fondue in der «Alphütte» auf dem Theaterplatz. Und wer noch nicht genug hat, holt sich einen Kessel Fondue beim **Käs-Fritz**.

*

Das arme **Heidi!** Der neue Kinofilm ist noch gar nicht angelaufen, da stürzen sich Kulturjournalisten drauf und bemängeln den fehlenden aktuellen Bezug. (Wie wärs mit «Alpöhis Eurokrise» oder «Heidi auf der Balkanroute»?). Einer der geschätzten Kollegen bekrittelt gar die bekannte Handlung und vertrauten Dialoge. Welch eine Entdeckung! Könnte natürlich auch daran liegen, dass «Heidi» eine Literaturverfilmung ist. Grüsse vom Spyrlisten.

*

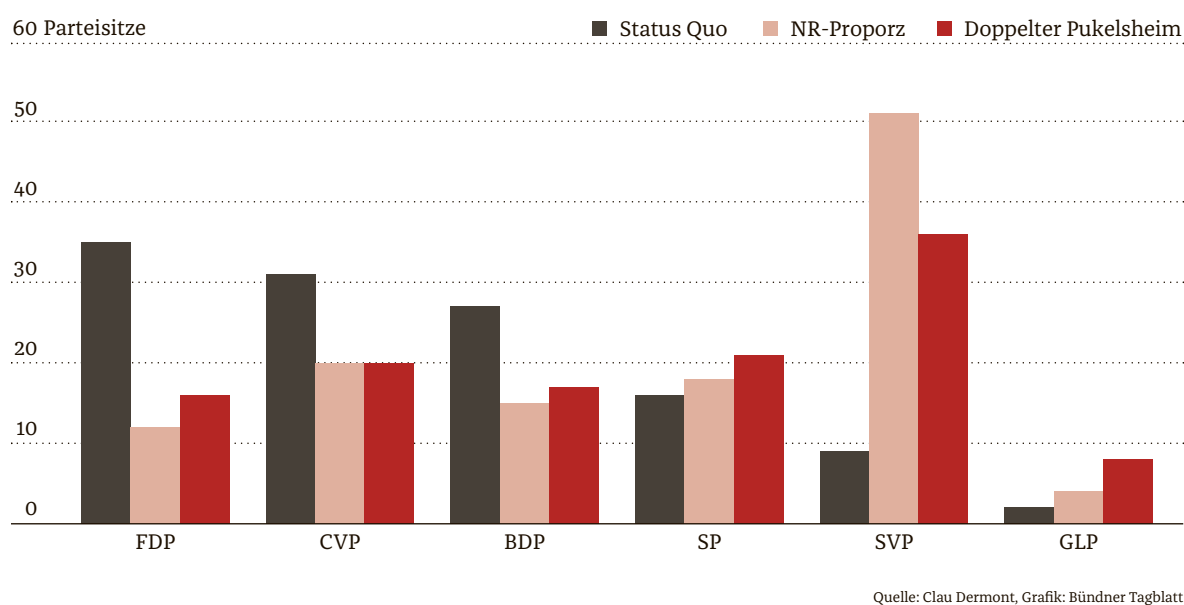
Die echten Bündner haben in der «Bilanz»-Rangliste der Superreichen einen schweren Stand. Der Churer Architekt **Thomas Domenig** wurde trotz dreistelligem Millionenvermögen aus der Liste gestrichen, weil er angeblich national zu wenig bekannt ist. Gar nicht erst in die Liste geschafft hat es Immobilien-Tycoon **Remo Stoffel**, dies obwohl allein sein Aktienpaket der Pharma-Gruppe Galenica im letzten Jahr einen Wertzuwachs im dreistelligen Millionenbereich erlebt hat. Bei weltweit 1800 Milliarden scheint es zumindest nicht an potenziellen Kunden für das Turm-Hotel in Vals zu fehlen.

*

Chur hat eine neue Pilgerstätte für Architekturfans. Die Tegoma-Überbauung des **Mazzoleni-Clans** an der neuen Rheinfelsstrasse gilt als Musterbeispiel für verdichtetes Bauen. Der Hitchcock-Klassiker «Das Fenster zum Hof» erlebt in Chur eine ungeahnte Neuaufgabe.

Die neue Parteienstärke im Grossen Rat

Wie sich das Bündner Parlament je nach Wahlsystem verändert. Als Grundlage dienen die Parteistimmen aus den Nationalratswahlen 2015 pro heutigem Wahlkreis



«Diese Botschaft kann das Parlament nicht umgehen»

Unter den **Tausenden von Bauern und Bäuerinnen**, die gestern Vormittag aus allen Teilen der Schweiz nach Bern gereist und sich vom Bärengraben durch die historische Altstadt in Richtung Bundesplatz aufgemacht hatten, war auch **eine Delegation aus dem Kanton Graubünden**.

Die Bündner Delegation war unter der Leitung von Bauernverbandspräsident Thomas Roffler mit dem Bus in die Bundesstadt gereist. Wie Roffler ausführte, setzte sich die Delegation aus Vertreterinnen und Vertretern aller Regionen zusammen. Angeführt wurde der Kundgebungszug vom Vorstand des Schweizer Bauernverbandes (SBV), dem auch Thomas Roffler angehört, mit Verbandspräsident Markus Ritter und Verbandsdirektor Jacques Bourgeois an der Spitze. Ihm folgten Treichlergruppen aus dem Entlebuch und der Zentralschweiz. Die Kantonsvertreter folgten gruppenweise mit der jeweiligen Kantonsfahne und Transparenten, mit denen der Bundesrat aufgefordert wurde, die Versprechen, die er im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 abgegeben hatte, einzuhalten. Bekanntlich will der



In den Demonstrationen der **10 000 Bäuerinnen und Bauern** mischte sich auch eine Delegation des Bündner Bauernverbandes. (FOTO KEYSTONE)

Bundesrat im Budget 2016 und in den Folgejahren den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen kürzen.

Forderungspapier übergeben

Auf dem Bundesplatz kamen dann Markus Ritter, Jacques Bourgeois, Christine Bühler, Präsidentin Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband, und Vertreter der Milch- und Getreideproduzenten zu Wort. Wie Thomas Roffler betonte, wurde kein Redner von den Tausenden von Demonstranten unterbrochen. Abgeschlossen wurde die Kundgebung auf dem Bundesplatz mit der Übergabe eines Forderungspapiers an einen Vertreter des eidgenössischen Parlaments und an die Bundeskanzlei zuhanden des Bundesrates, in dem auf die Folgen der Sparvorschläge für die Familienbetriebe hingewiesen wird.

«Ich bin überzeugt, dass diese Botschaft vom Parlament nicht umgangen werden kann», so der Bündner Bauernverbandspräsident.

Die Demonstration verlief – zur grossen Erleichterung des SBV – ausgesprochen friedlich. Trotz des Lärms kam es während des Aufmarsches vom Bärengraben auf den Bundesplatz zu keinen Konfrontationen und Zwischenfällen. «Der Marsch durch die historische Altstadt zum Bundeshaus war für uns Bündner ein eindrückliches Erlebnis», so Roffler. Er hoffe, dass sich die Reise nach Bern insofern gelohnt habe, als das Parlament auf die Sparmassnahmen des Bundesrates in der Landwirtschaft nicht eingehe. «Denn, wenn bei den Direktzahlungen gespart wird, dann gehören unsere Bündner Familienbetriebe zu den Verlierern.» EDY WALSER